

■ Inklusion geht uns alle an. Nicht nur als GEW-Mitglieder stehen wir in unserem Kollegium hinter dem Konzept. Aber was ist daraus geworden? Die personelle Ausstattung der Schulen entsprach nicht einmal annä-

Phantasievoll zum Wir-Gefühl

Die GEW und Kollegien müssen sich
mehr verweigern

Margit Frey, Grundschullehrerin Parsevalstraße

hernd dem, was wir gebraucht hätten. Bei zwei Stunden sonderpädagogischer Betreuung pro Klasse und Woche schaffen wir es nur halbherzig, Inklusion umzusetzen: Integrativ, so gut es geht, aber nicht so wie wir es wollen, versuchen wir dem Anspruch gerecht zu werden. Die Politik prahlt, dass Bremen, als Vorreiter der Inklusion auf ein gut funktionierendes Konzept zurückgreift.

Ja, auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen.

Zum Thema »Gerechte Bezahlung«: Gerade wir Grundschullehrerinnen haben durch die Einführung der Ganztagschulen eine Arbeitsverdichtung durch eine unglaubliche Ausweitung der Präsenzzeit erfahren: Fachgruppen, Teamsitzungen, Fachgespräche mit sozialen Institutionen. Unser Slogan; Schließlich geht es um die Kinder! Mit der Forderung nach besserer Bezahlung sind viele Kolleginnen und Kollegen alt geworden.

Wo bleiben die Gelder?

Unser Frau Bildungssenatorin verspricht Gelder, um die Digitalisierung in den Schulen voran zu treiben. Wo bleiben die Gelder für Doppelbelegungen im Unterricht, für Kinder, die dringend Unterstützung brauchen? Wo bleibt die Unterstützung für Kinder, die Probleme im psychosozialen oder motorischen Bereich aufweisen? Wir Grundschullehrerinnen und -lehrer schaffen, und das ohne Unterstützung. Wir müssen



»Inklusion auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen...«, meint Margit Frey

als Kollegium wieder mehr für unsere Interessen eintreten, uns verweigern, an die Senatorin und Schulbehörde Mängel und Unterlassungen rückmelden. Für die GEW ist es Zeit, wieder zu mehr phantasievollen Aktionen zu kommen, die auf unsere Probleme aufmerksam machen. Nur so lässt sich in den Kollegien ein WIR-Gefühl entwickeln.

»Erfahrungen in Aktionen bündeln«

Die GEW muss Bewegung erzeugen

Heinz Stuckenberg, ehemaliger
Elternsprecher der Gesamtschule Mitte

■ Die GEW muss Bewegung erzeugen. Und sie muss dabei die Eltern mitnehmen. Die Eltern wissen auch um die Probleme mit der Inklusion – vor allem an den Oberschulen. Dort gibt es eine gewisse Schizophrenie: Alle Schulen sagen, sie seien gut aufgestellt, aber in Wirklichkeit stimmt das nicht. Die Inklusion ist total unterfinanziert und ganz schlecht vorbereitet worden. Als Leser der BLZ kenne ich die Positionen der GEW. In der Tagespresse kommen die wesentlichen Aussagen auch knapp herüber. Aber meine Erfahrung als ehemaliger Elternsprecher ist, dass alle – Eltern, Lehrkräfte,

Schulleitungen – nach individuellen Lösungen suchen. Da hat die neoliberale Beeinflussung voll durchgeschlagen. Das Manko ist, dass die Probleme nicht richtig in die Öffentlichkeit kommen und kein Druck auf die verantwortlichen Politiker entsteht. Auch von Elternseite fehlt dieser Druck. Die Erfahrungen der Schulen werden nicht in Aktionen gebündelt. Die Suche nach individuellen Lösungen geht sogar schon so weit, dass Eltern versucht haben eine Lehrkraft einzustellen, wo eine fehlte. Das ist eine katastrophale Lösungsstrategie.

»Schulkonsens« – ein trauriges Kapitel

Der »Bremer Schulkonsens« ist ein trauriges Kapitel. Das muss die GEW klar benennen. Ich meine, dass die Forderung »Eine Schule für Alle« richtig ist. Damit könnte man sehr viele Probleme lösen, gerade auch beim Thema Inklusion. Alle Kinder eines Stadtteils sollten bis zur zehnten Klasse in eine gemeinsame Schule

gehen – mit kurzen Schulwegen. Aber es gibt immer noch ein großes Klientel, das sich für seine Kinder vom Gymnasium eine bessere Ausbildung verspricht – gerade auch, weil das Bildungswesen insgesamt so schlecht ausgestattet ist. Für viele Eltern ist es immer noch ein Privileg, ihre Kinder auf das Gymnasium zu schicken. Und diese bildungsorientierten Eltern fehlen für eine Gesamtlösung. Für die Oberschulen macht das die Bedingungen schwierig.

Überall fehlt Geld

Von der Landesregierung erwarte ich, dass sie der Bevölkerung die Wahrheit sagt: Ohne einen Schuldenchnitt kann Bremen seine Aufgaben nicht ausreichend finanzieren – egal wie man es rechnet. Dafür muss es eine politische Lösung geben. Und die GEW muss klar machen: Alles andere ist ein Weggucken vor den Problemen. Denn nicht nur in der Bildung fehlt Geld, sondern auch im Sozialbereich, bei der Infrastruktur und in vielen anderen Bereichen.